

Weniger Arbeit für Rathäuser bei fast gleichen Einnahmen

Ab Januar gilt in Baden-Württemberg: Registrierte Nutzer können übers Internet Melderegistrierungsküffe erhalten

Von Simon Gajer

Stärkere Ordnungsamtlicher Peter Meschar ist zufrieden, wenn er an die neue Regelung denkt. Wieder sei ein wichtiger Schritt getan, Behördenwege übers Internet zu öffnen. Das Beispiel, an das Peter Meschar denkt, geht am 1. Januar in Betrieb: das zentrale System für Melderegistrierungsküffe.

Bislang ging alles nur per Post. Wenn beispielsweise Gläubiger die Adresse eines Schuldners, der nicht im Telefonbuch steht, suchten, mussten sie sich mit einem Brief ans Rathaus wenden. Das dauert – zum einen wegen der Zustellung. Und dann bir-

det es die Rathausmitarbeiter Briefe öffnen, Daten suchen, drucken, kopieren – auch wenn es nur vier bis fünf Minuten pro Brief sind. Diese Zeit, ist Meschar überzeugt, könne

sinnvoller genutzt werden. Und die Nachfrage nach Daten ist vorhanden. Schon jetzt erkundigen sich so genannte Großanwender vier bis fünf Mal täglich nach Sulzfeldern.

Stichwort

Melderegister

Angemeldete Nutzer erhalten übers Internet die einfache Melderegistrierungsküffe. Dazu zählen Vornamen und Familienname, akademischer Grad und die Anschrift. Bei einem Wegzug die hinterlegte Adresse. Bürger können sich gegen die Da-

ten-Preisgabe übers Internet aussprechen. Wer als Schuldner seinen Gläubigern entgegen will, hat allerdings keine Chance; Auskünfte per Post bleiben erhalten. Nur bei Gefahr für Leib und Leben ist möglich, eine Auskunftssperre zu erteilen, sagt Marion Söder-Altrath, Leiterin des Eppinger Bürgerbüros. ing

Kostenlos ist das nicht: Jede Frage kostet fünf Euro. Die Gebühr bleibt, und sie fließt bis auf einen Abzug für den Betrieb des Melderegisters zurück in die Kommunen. Kaum noch Arbeit bei fast gleich bleibenden Einnahmen – die Rathäuser dürfen sich freuen.

Zunächst die Kommunen für den Start des Internetdienstes kaum Geld in die Hand nehmen mussten. Die Rechner seien schon vernetzt. „Wir mussten nur unsere Zustimmung zum Verfahren geben“, sagt Meschar.

Das Melderegister ist laut eigener Werbung speziell für Benutzergruppen wie Kommunen, Verbände, Banken, Notare, Versandhäuser oder Adressanbieter entwickelt worden.

Angst, dass die Anzahl unnutzter Werbeproschüren steigt, müsse niemand haben. Meschar: Wer sich nach Daten erkundigt, muss schließlich für jede einzelne Abfrage zahlen.

Nur gegen die Weitergabe übers Internet können sich die Bürger mit einem Schreiben aus zuständige Rathaus aussprechen. Dieses „Nein“ gelte unbefristet. In Sulzfeld hielt sich der Widerspruch in Grenzen: Gerade eine Hand voll Bürger habe sich bislang gewehrt.

Das Melderegister

Informationen zu dem neuen Angebot sind im Internet zu haben auf der Seite www.dv-melderegister.de.

Wolfgang Shuwe, 30.12.2006